



Brüssel, 27. April 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Europäisches Parlament will Aufklärung über inoffizielle Geschäftskonten bei der EU-Kommission

Im Rahmen der Plenardebatte über das Entlastungsverfahren zum EU-Haushalt 2004 hat die stellvertretende Koordinatorin im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle (CDU), Aufklärung über eine Umfrage der Kommission nach ihr bislang unbekannten Geschäftskonten der Kommission gefordert. "Bei der Kommission gibt es Geschäftskonten, die offensichtlich inoffiziell eröffnet wurden und nicht in die Systeme der Kommission überführt wurden. Offensichtlich ist es möglich, solche Geschäftskonten außerhalb der Kontrollsysteme zu eröffnen und zu unterhalten, ohne dass sie in der Vermögensbilanz der Kommission, die Grundlage für die Entlastung ist, abgebildet werden und damit kontrollierbar sind", stellt Gräßle fest. In seiner Entschließung zur Entlastung 2004 fordert das Parlament deshalb, dass die Ergebnisse der Kontenumfrage "vollumfänglich dem Parlament bekannt gemacht und aufgearbeitet werden". Außerdem verlangt das Parlament, dass diese Konten geprüft und die dort stehenden Mittel im Gesamthaushalt abgebildet werden". Derzeit sei klar, dass die Umfrage 18 bereits bekannte inoffizielle Konten mit einem Saldo von ca. 7,3 Mio. Euro ergeben hätten. Die Zahl der unbekannten Konten ist offen. Eine schriftliche Anfrage an die Kommission hat gegenwärtig nur unzureichende Angaben erbracht. Die bereits bekannten Konten betreffen die Restaurants, Kantinen und Mieteinnahmen eines jetzt erst geschlossenen Supermarkt der Kommission - angeblich "durchlaufende Posten" mit einem hohen Guthaben.

"Es wäre wichtig, dass die Kommission schnell und nachvollziehbar darlegt, seit wann und warum solche Konten geführt wurden, wer zeichnungsberechtigt war und warum sie der Kontrolle durch die zuständige Haushaltsbehörde, nämlich dem Europäischen Parlament, entzogen wurden". Dazu gehört nicht zuletzt die Frage, wer diese Konten eigentlich geprüft hat. Hier konnten die bisher informell geführten Gespräche mit der EU-Kommission keine Klarheit bringen", so Inge Gräßle.

Die EVP-Haushaltspolitikerin kündigte an, aufgrund der nach wie vor offenen Fragen den Europäischen Rechnungshof heranzutreten.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868

EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144